

# Prävention in Gefahr: die Folgen einer obligatorischen Zahnversicherung

In der lateinischen Schweiz laufen politische Vorstösse für eine obligatorische Zahnversicherung. Diese stellen das gut funktionierende Schweizer Zahnmedizin-Modell wie auch die schulische Kariesprophylaxe in Frage.

Benjamin Fröhlich



Die obligatorische Krankenversicherung schliesst zahnmedizinische Behandlungen nicht ein. Linke Parteien finden das problematisch. So sind in den letzten Jahren in allen mehrheitlich lateinischen Kantonen der Schweiz politische Vorstösse für eine obligatorische Zahnversicherung eingereicht worden. Die Vorstösse sind unterschiedlich weit fortgeschritten. Allen ist eigen: Mit Ausnahme von ästhetischen Eingriffen sollen zahnärztliche Behandlungen von einer neu geschaffenen Versicherung bezahlt werden.

## Die Waadt zuerst?

In der Waadt wird die Bevölkerung voraussichtlich 2018 als Erstes über die Einführung einer solchen Versicherung abstimmen. Die bereits 2014 eingereichte Initiative hat einen Gegenvorschlag der Kantonsregierung hervor-

gerufen. Während die Initianten die Kosten der obligatorischen Zahnversicherung direkt vom Lohn abziehen wollen, schlägt die Regierung eine teilweise Finanzierung über eine Zuckersteuer bei Süssgetränken vor. In Genf wurde eine ähnliche Initiative im Kantonsparlament eingereicht – auch dort könnte es bis im September 2018 zu einem Gegenvorschlag kommen. Auch im Kanton Wallis ist es der SP Valais Romand gelungen, genügend Unterschriften für eine Initiative zu sammeln, die eine ähnliche Finanzierung der obligatorischen Zahnversicherung vorsieht wie in der Waadt. Eine Motion respektive ein Postulat wiederum hat die SP in den Kantonsparlamenten von Jura und Freiburg eingegeben; beide scheiterten allerdings bereits im Parlament. Doch nicht nur die Romandie ist betroffen, auch im Tessin ist eine Initiative hängig.

## Warum zerstören, was funktioniert?

Was sich auf den ersten Blick vielleicht gut ausnimmt, entpuppt sich als Gefahr für ein gut funktionierendes System. Heute legen Patient und Zahnarzt gemeinsam die Behandlung fest – in Therapiefreiheit. Bei regelmässiger, gründlicher Zahn- und Mundpflege lassen sich die meisten Zahnerkrankungen – und dadurch auch hohe Kosten – vermeiden. Versicherungen bezahlen schon heute, wenn es sich um schwere, nicht vermeidbare Erkrankungen des Kausystems handelt. Für Personen, die Zahnarztrechnungen nicht selber bezahlen können, gibt es Möglichkeiten finanzieller Unterstützung. All diese Gründe sprechen dafür, eine obligatorische Zahnversicherung abzulehnen.

<

Hat sich bewährt:  
Zahnschäden vermeiden  
lernen.

Der Gesundheitsökonom Willy Oggier erklärt, warum eine Sonderregelung für die Zähne Sinn macht: «Kann man Zahnschäden durch eigenes Verhalten vermeiden, sollen die Behandlungskosten nicht auf die Solidargemeinschaft abgewälzt werden. Durch die obligatorische Zahnversicherung würden falsche Anreize gesetzt: Wer seine Zähne schlecht pflegt, profitiert am meisten.»

## ... und die Prävention?

Willy Oggier sieht aber noch ein anderes Problem in der Einführung einer obligatorischen Zahnversicherung. Es bestünde die reelle Gefahr, dass Kantone und Gemeinden bei der Prävention geizen. Warum sollte noch für Prävention gesorgt werden, wenn die Versicherung die Behandlung der Zahnschäden übernimmt? Dies stellt auch die gesamte Präventionsarbeit der Schulzahnpflege-Instruktorinnen in Frage. Schon heute laufen die schulischen Prophylaxemassnahmen immer wieder Gefahr, staatlichen Sparmassnahmen zum Opfer zu fallen. Eine staatlich obligatorische Zahnversicherung könnte als Legitimierung für weitere Sparmassnahmen missbraucht werden.